

Gesellschaftlicher
Nutzen der
amtlichen Statistik

 **STATISTISCHE ÄMTER**
DES BUNDES UND DER LÄNDER

Mehr als 100 gute Gründe
für die amtliche Statistik

2005

Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik

Mehr als 100 gute Gründe für die amtliche Statistik

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2005

Veränderte Version der Originalfassung – mit freundlicher Genehmigung des
Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht.

"Statistik ist für mich das Informationsmittel der Mündigen.
Wer mit ihr umgehen kann, kann weniger leicht manipuliert werden.
Der Satz "Mit Statistik kann man alles beweisen" gilt nur für die Bequemen,
die keine Lust haben, genau hinzusehen."
Elisabeth Noelle-Neumann

Vorbemerkung:

„Was geschähe ohne amtliche Daten über ...?“

Wer hat nicht schon einmal eine abfällige Bemerkung über „die Statistik“ gehört! Lüge – Meineid – Statistik: Diese Steigerungsformen der Unredlichkeit müssen oft genug dafür herhalten, um zum Ausdruck zu bringen, dass die persönliche Erfahrung von der statistisch beschriebenen abweicht.

Wer aber hat schon einmal danach gefragt, wie unsere gesellschaftliche Wirklichkeit ohne „die Statistik“ aussähe? Vielleicht würden wir – zunächst – ruhiger leben, wüssten wir z.B. nichts über die Teuerungsrate bzw. den Verbraucherpreisindex oder über die Außenhandelsbilanz. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß...“ Mit Sicherheit aber sind an diese Kenntnis politische und unternehmerische Entscheidungen geknüpft, die sich letztlich auch wieder auf den Einzelnen auswirken.

Das vorliegende Material soll einige von den Zusammenhängen aufdecken, über die die statistischen Sachverhalte auf das Funktionieren des Gemeinwesens wirken und damit letztlich auch das Zusammenleben der Menschen beeinflussen. Damit soll deutlich werden, dass der für statistische Erhebungen betriebene Aufwand nicht lästiger Ballast ist, sondern eine gute Investition für bewusstes, verantwortliches gesellschaftliches Handeln.

Denn was wären die Alternativen? Aufgaben könnten nicht mehr erfüllt werden, oder würden auf zunehmend spekulativen und nicht nachgeprüften Annahmen bzw. Schätzungen beruhen, oder die Daten müssten auf anderen Wegen beschafft werden, nicht immer billiger, und selten wohl von unbestrittener Qualität.

Das hier veröffentlichte Material ist von Kolleginnen und Kollegen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg erarbeitet und zusammengestellt worden. Für die freundliche Genehmigung, es als Gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwenden und entsprechend anpassen zu dürfen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Wozu Infrastrukturstatistiken?

Der Gesetzgeber hat zahlreiche Statistiken angeordnet, die sich mit der personellen und technischen *Infrastruktur* befassen. Dabei werden neben direkten Befragungen (so genannten Primärerhebungen) auch die in den Verwaltungen ohnehin anfallenden Angaben genutzt (Sekundärerhebungen).

Was geschähe ohne amtliche Daten über Flächennutzung?

- Ohne die amtliche Flächenerhebung würde eine wesentliche Datenquelle über die Entwicklung des „*Flächenverbrauchs*“ fehlen. Erfolge oder Misserfolge beim Umgang mit der nur begrenzt verfügbaren Ressource Boden – zum Beispiel vor dem Hintergrund übermäßiger *Flächenversiegelung* – ließen sich nicht nachweisen. Für eine dem Allgemeinwohl dienende zweckvoll geplante Flächennutzung wie z.B. die Ausweisung von *Bauland* würde die systematische Grundlage fehlen.
- Ohne die Flächenerhebung würde eine wesentliche Grundlage für Maßnahmen im Rahmen der *Umweltpolitik*, *Raumordnungs-* und *Städtebaupolitik* des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie für sektorale Fachplanungen mit Raumbezug (z.B. *Verkehrsplanung*, *Grünflächenplanung*, *Agrarstrukturplanung*) fehlen. Für Planungszwecke erforderliche Daten müssten durch teure und unkoordinierbare Einzelerhebungen beschafft werden.

Was geschähe ohne amtliche Daten über das Bildungswesen?

- Ohne die *Schülervorausberechnungen*, die auf Basis der amtlichen Schulstatistik erfolgen, fehlte die Grundlage für eine mittel- und längerfristige *Planung* bei der Einstellung von *Lehrkräften*.
- Ohne die *Schulabgängerprognosen*, die auf Basis der amtlichen Schulstatistik erstellt werden, wäre der *künftige Bedarf an Lehrstellen* und *Studienplätzen* nicht einzuschätzen.
- Ohne die *Schulverzeichnisse* würde Eltern eine wichtige und objektive Datenquelle zur Wahl einer geeigneten Schule für ihre Kinder fehlen (Schularten, Anzahl der Schüler, *Internate*, *Ganztagsbetreuung* etc.).
- Ohne aktuelle Schulstatistiken könnten die Parlamente den infrastrukturellen Teil des *Schulwesens* wenig beeinflussen, da es keine vergleichbaren und objektiven Kriterien für die *personelle Ausstattung* der Schulen gäbe.

Was geschähe ohne amtliche Daten zur Rechtspflege?

- Ohne *Justizgeschäftsstatistiken* könnten Zahl, Dauer und Schwerpunkte der *Gerichtsverfahren* nicht festgestellt werden. Eventuell erforderliche und nützliche *datengestützte Vergleiche* zur Effizienz der Gerichte ließen sich nicht durchführen.
- Ohne Justizgeschäftsstatistiken könnte die Arbeitsbelastung der *Gerichte* nicht ermittelt werden. Die Regierungen müssten den *Personalbedarf* der einzelnen *Gerichte* auf dem Verhandlungsweg feststellen. Bei Unterkapazitäten käme es zu Verlängerungen von Gerichtsverfahren.
- Ohne die *Strafvollzugsstatistik* könnte die Auslastung der Justizvollzugsanstalten nicht festgestellt werden. Partielle Über- oder Unterbelegungen in den Justizvollzugsanstalten wären die Folge. Da keine betriebswirtschaftlich nutzbaren Daten vorlägen, müsste der Bedarf an Investitionen und Re-Investitionen im Strafvollzug auf dem Verhandlungswege ermittelt werden.
- Ohne die Strafvollzugsstatistik würde den *Petitionsausschüssen* der Landtage und des Bundestages eine Basisinformation fehlen.
- Ohne die *Bewährungshilfestatistik* könnten die *Justizverwaltungen* den Erfolg von *Resozialisierungsmaßnahmen* bestenfalls in Einzelfällen feststellen. Regional können zwar so genannte Bewährungshilfevereine Auskunft geben, dies jedoch nicht flächendeckend. Eine Einzelfallbetrachtung führt aber schnell zu Fehlentscheidungen, da nicht Fakten, sondern die Durchsetzungsfähigkeit Einzelner entscheidungsrelevant würden.
- Ohne die *Strafverfolgungsstatistik* würden vorbeugende Maßnahmen der Ordnungsbehörden auf einem unsicheren Fundament stehen. *Soziale Brennpunkte* würden mehr durch die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung bestimmt als durch Tatsachen – *Vorurteile* könnten sich verfestigen.
- Ohne die *Strafverfolgungsstatistik* gäbe es keine *Vergleichsmöglichkeiten* zwischen den Bundesländern. Gerade bei der Strafverfolgung und der Vorbeugung von *Straftaten* ist das „vom Besten lernen“ besonders Erfolg versprechend.
- Ohne die *Strafverfolgungsstatistik* gäbe es keine Kenntnisse über die Straffälligkeit von Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen sowie über die Art der begangenen Delikte. Ohne die *Strafvollzugsstatistik* lägen keine Angaben zu Haftdauer, Art der Straftaten, Altersstruktur der Strafgefangenen, Wiedereinlieferungsabstand u.a. vor. Dies sind jedoch wichtige Anhaltspunkte für Maßnahmen der *Kriminalprävention*.

Was geschähe ohne amtliche Daten zum Gesundheitswesen?

- Ohne Kenntnisse über *Fachrichtungen, Patientenbewegungen, Bettenausstattung, Bettenauslastung* und *Kosten der Krankenhäuser* hätten weder die Landesregierungen noch kommunale Ebenen Planungsgrundlagen wie zum Beispiel für die *Krankenhauspläne* der zuständigen Landesministerien.
- Ohne *Krankheitsdiagnosen* der in Krankenhäusern behandelten Patienten würde sich ein wesentlicher Bestandteil der *Gesundheitsvorsorge* und der Infrastrukturverbesserung im spekulativen Bereich bewegen.
- Ohne die Daten der Krankenhausstatistik hätten weder Patienten, noch Ärzte und Krankenhäuser umfassende Informationen über *Ausstattungen* und *medizinische Arbeitsgebiete*.
- Daten der Krankenhausstatistik – insbesondere Daten der großen *Rehabilitationseinrichtungen* – werden auch für *Planungen* des Tourismus und zur *Optimierung* des öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt.
- Ohne die Krankenhausstatistik fehlten die erforderlichen *datenorientierten Indikatoren*, um Kliniken unter *Erfolgs-* und *Effizienzgesichtspunkten* zu vergleichen.
- Ohne die Daten der Krankenhausstatistik stünden *Planungsinstitutionen* und Forschungsinstituten keine vertrauenswürdigen Daten für die Konzepte der Reformen zur *Kostendämpfung im Gesundheitswesen* zur Verfügung. Reformvorschläge müssten durch zeit- und kostenintensive Untersuchungen vorbereitet werden. Wirkungen und Erfolge von Reformmaßnahmen könnten nicht verfolgt werden.

Was geschähe ohne amtliche Daten zum Sozialwesen?

- Ohne die Pflegestatistik ließe sich z.B. die Relation zwischen *Pflegekräften* und *Pflegebedürftigen* nicht ermitteln und somit der künftige Bedarf an Pflegekräften nicht schätzen. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsprognosen für die nächsten Jahrzehnte, insbesondere was den Altersaufbau betrifft, ist eine aussagekräftige Datenbasis unerlässlich, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig zu erkennen und angemessen reagieren zu können.
- Ohne die *Kinder- und Jugendhilfestatistik* würden wichtige Daten über Hilfen und finanzielle Aufwendungen fehlen, die für eine vorausschauende und präventiv wirkende Jugendhilfe von wesentlicher Bedeutung sind.

- Ohne die Statistik über die Tageseinrichtungen fehlten die erforderlichen Grunddaten für eine bedarfsgerechte *Planung von Tageseinrichtungen für Kinder* auf örtlicher und überörtlicher Ebene (Angebot verschiedener Betreuungsformen, personelle Voraussetzungen, Einrichtungen). *Fehlinvestitionen* bzw. nur *vage Mittelzuweisungen* wären die Folge. Bei zu wenig Mitteln würde sich eine *Mängelverwaltung* etablieren, bei zu viel Mitteln eine *Mittelverschwendung* mit gegebenenfalls erheblichen *Folgekosten*.
- Ohne die *Wohngeldstatistik* stünden keine umfassenden und zuverlässigen Daten über die sozialen und finanziellen Auswirkungen des Wohngeldgesetzes bereit. Das Wohngeldgesetz ließe sich daher kaum sachgerecht fortschreiben und der Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung könnte nicht qualifiziert erstellt werden.
- Ohne die *Sozialhilfestatistik*, *Asylbewerberstatistik* und die Statistik zur *Grundsicherung* stünden keine Strukturdaten über die Empfänger der staatlichen Sozialleistungen zur Verfügung. Diese werden jedoch benötigt, um die Gesetzesgrundlagen situationsgerecht weiterzuentwickeln und diese im Zusammenhang mit anderen Sicherungssystemen zu bewerten. Außerdem würden umfassende und zuverlässige Daten über die sozialen und finanziellen *Auswirkungen dieser Sozialgesetze* als Plandaten für Bund, Länder und Gemeinden fehlen.
- Ohne die Statistik der Gesetzlichen *Kranken-* und *Pflegeversicherung* stünden keine Informationen über Mitglieder sowie die Rechnungs- und Geschäftsergebnisse dieser gesetzlichen Sozialversicherungen zur Verfügung. Damit fehlten aber wesentliche Informationen für eine angemessene Reaktion auf die fortschreitende Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden *Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten* und damit auch auf die einzelnen *Wirtschaftsstandorte*.

Was geschähe ohne amtliche Daten zum Verkehrswesen?

- Ohne Daten zum *Kfz-Verkehr* (Bestand und Güterverkehr mit Lkw), zur *Binnenschifffahrt*, zum See-, Schienen- und *Luftverkehr* sowie zum öffentlichen Personenverkehr in Bussen und Bahnen wäre im Verkehrsbereich keine gesicherte Investitionsplanung möglich. Auch könnten *Fehlentwicklungen im Verkehr* nicht rechtzeitig erkannt und mit geeigneten Maßnahmen beseitigt werden.
- Ohne Verkehrsdaten verlief die politische Diskussion bei infrastrukturellen *Verkehrsprojekten* ineffizienter und zeitraubender als bisher. Planungen, Anhörungen, *Planfeststellungsverfahren* und *Rechtsstreitigkeiten* würden mehr Zeit als bisher erfordern. *Fehlinvestitionen* in erheblicher Höhe wären möglich; insbesondere dann, wenn die Folgekosten verspäteter Ausführungen berücksichtigt werden.

- Ohne die *Straßenverkehrsunfallstatistik* fehlten den Verkehrs- und Rechtspolitikern aller Ebenen notwendige Hinweise auf Problemschwerpunkte der *Verkehrssicherheit* bei den am Straßenverkehr beteiligten Personen und Fahrzeugen (zum Beispiel: Häufung von *Kinderunfällen*, Unfall verursachende Kleinlaster, *Alkohol am Steuer*). Die Unfallstatistik liefert die Begründung zur Einführung von *Sicherheitsmaßnahmen* wie z.B. der Gurtpflicht für Kfz-Insassen oder der Helmpflicht für Kraftradfahrer. Sie verdeutlicht den Erfolg solcher Maßnahmen und ermöglicht den gezielten Einsatz von Forschungsprojekten. Letztlich trägt die Statistik damit zur Steigerung der Verkehrssicherheit und zur Rettung von Menschenleben bei.

Was geschähe ohne amtliche Daten zum Wohnungswesen?

- Ohne detaillierte regionale Daten zum Wohnungsbestand und zum künftigen *Wohnungsbedarf* würden der *Wohnungsmarkt* und die Versorgung mit Wohnraum für alle Beteiligten – Wohnungsbaupolitiker, Kreditbanken, Raumplaner, Vermieter und Mieter – auf einem äußerst spekulativen Fundament agieren; Fehlinvestitionen oder ausbleibende Investitionen wären die Folge.
- Ohne die Zahl der *Baugenehmigungen* fehlte eine wichtige Vorlaufinformation für mögliche Auftragseingänge im *Baugewerbe* und damit ein wichtiges *Signal für Politiker* sowie *Verbände* und *Unternehmen* der *Bauwirtschaft*.

Was geschähe ohne amtliche Daten über die Abfallwirtschaft, die Wasserwirtschaft, die Luftverhältnisse und die Umweltschutzinvestitionen oder ohne Energiebilanzen?

- Ohne detaillierte Daten zur Abfallwirtschaft wäre der geforderte Nachweis des Verbleibs und einer mittelfristigen Verminderung von *Siedlungsabfällen* nicht möglich.
- Ohne Kenntnisse des Aufkommens und der Herkunft von Abfällen wäre eine vorausschauende und am Bedarf orientierte Kapazitätsplanung nicht möglich. Mangelhafte *Markttransparenz* kann zu ruinösen Konkurrenzkämpfen oder zu *regionalen Kartellen* führen. *Marktmechanismen* wären gestört bis ausgeschaltet.
- Ohne diese Kenntnisse wäre darüber hinaus ein *kontrolliertes Entsorgen* kaum möglich. *Mülltourismus* und ungeplantes bis kriminelles Entsorgen wären letztlich die Folge. Die Verhinderung oder *strafrechtliche Verfolgung* unerlaubten Entsorgens würde erhebliche Kosten und Aufwendungen erfordern.
- Ohne quantitative Kenntnisse über die öffentliche und industrielle *Wasserversorgung* sowie *Abwasserbeseitigung* wäre eine fundierte Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zur langfristigen Sicherung einer qualitativ hochwertigen

Wasserversorgung und zum Schutz der natürlichen Gewässer nicht möglich. Die damit verbundenen Berichtspflichten könnten nicht erfüllt werden und Strafgebühren zur Folge haben.

- Ohne die Ergebnisse der Erhebungen über *Luftverunreinigungen* sowie über die Verwendung Ozonschicht schädigender und klimawirksamer Stoffe ließen sich die Reduzierungen bei *Luftschadstoffen* und *Klimagasen* im Rahmen internationaler Vereinbarungen (z.B. *Kyoto-Protokoll*) nicht nachweisen. Es kämen in der Folge beachtliche Säumniskosten auf die Bundesrepublik zu.
- Ohne *Energiebilanzen* würden der *Energiewirtschaft* und *Energiepolitik* Informationen über den Energiefluss von der Erzeugung bis zur Verwendung und über Verbrauchsstrukturen in den einzelnen Sektoren fehlen. Ohne eine Bilanzierung der heimischen Energieproduktion könnten die internationalen Berichtsverpflichtungen nicht erfüllt werden.
- Ohne die Erhebung der *Aufwendungen* für den *Umweltschutz* im *Produzierenden Gewerbe*, die Erhebung der *Waren* und *Dienstleistungen* für den *Umweltschutz* und die *Energiebilanzen* könnten die ökonomischen Auswirkungen von *Umweltschutzmaßnahmen* auf EU-Ebene bzw. weltweit nicht abgeschätzt und vergleichend festgestellt werden.